

Erfolgreich trotz Verfolgung
125 Jahre Deutsche Friedensgesellschaft
 Jubiläumsvortrag von Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg i.Br.,
 am 14. Januar 2017 beim Neujahrstreffen
 des Landesverbandes Baden-Württemberg der DFG/VK
 in Stuttgart, Theaterhaus, Siemensstraße 11

(Stand: 11.1.2017)

125 Jahre Deutsche Friedensgesellschaft! Das Jubiläum zeigt vor allem Eines: Die Arbeit für den Frieden ist in unseren Tagen so notwendig wie eh und je. Auch wenn sich die Schauplätze, die Aktionsfelder und die Aktionsformen geändert haben. Allein die Tatsache, dass die DFG nun schon 125 Jahre lang existiert, zeigt ihre permanente Notwendigkeit auf. Der geschichtliche Rückblick, den wir heute unternehmen, kann uns vor Augen führen, wie eng die Höhen und Tiefen des organisierten Pazifismus verbunden sind mit den politischen Zäsuren in der jüngeren deutschen Geschichte. Das heißt zugleich: Das erste halbe Jahrhundert der Geschichte des organisierten Pazifismus lässt sich sinnvoll nur vor dem Hintergrund der sehr viel wirkungsmächtigeren Geschichte des preußisch-deutschen Militarismus begreifen und erzählen. Wie den Chroniken der DFG zu entnehmen ist, war die Gesellschaft stets ein kleiner Verein. Die Mitgliederzahlen schwankten zwischen 10.000 (1914), 4.000 (1966) und knapp 12.000 (1974).¹

Diese überschaubare Größe wirft Fragen auf, die für die Geschichte der Deutschen Friedensgesellschaft von grundsätzlicher Bedeutung sind: Weshalb strömten die Deutschen im Jahre 1892 nicht massenhaft in die DFG? Weshalb war es in Deutschland in vielen Jahrzehnten danach eigentlich so schwer, die Masse der Menschen in Deutschland für die Idee des Friedens und für aktive Friedensarbeit zu gewinnen? Wie soll man begreifen, dass sich in Deutschland stattdessen das Militär und selbst der kriegerische Konfliktaustrag über einen langen Zeitraum hinweg eines großen Zuspruchs erfreuten? Als die DFG 1892 gegründet wurde, hatte sich längst herumgesprochen, wie ein Zukunftskrieg voraussichtlich aussehen würde: Angesichts der modernen Waffentechnik verhiess er Millionen von Toten, zerstörte Landschaften und kaum Chancen auf einen militärischen Sieg.

Wie soll man verstehen, dass ausgerechnet die deutschen Pazifisten, die vor diesem Zukunftskrieg warnten, eher verspottet als ernst genommen wurden? Verdrängten die Zeitgenossen die banale Tatsache, dass die kriegerische Auseinandersetzung unausweichlich mit der Gefahr für die eigene Unversehrtheit und das eigene Leben verbunden war? Es ist jedenfalls ein Faktum, dass die große Mehrheit der Deutschen an der Wende von 19. zum 20. Jahrhundert, organisiert in millionenstarken Wehrverbänden, die heroisierende Erinnerung an vergangene Kriege pflegte, während die Pazifisten eine marginale gesellschaftliche Gruppe blieben. Jene Deutschen, die sich selbst als „wehrhaft“ priesen, schreckten auch nicht davor zurück, einen Zukunftskrieg herbeizusehnen, in dem man wiederum mit heroischen Taten würde glänzen können.

Wir fragen uns heute: Welche Ideologien und welche Interessen steckten hinter solchen menschenfeindlichen Einstellungen? Woher kam die Wucht des gehässigen Antipazifismus, die doch in keinem sinnvollen Verhältnis zu der randständigen gesellschaftlichen Existenz der DFG stand? Ich werde versuchen, diese Fragen in der Weise zu beantworten, dass ich die Geschichte der letzten 125 Jahre selbst sprechen lasse.

Im Erinnerungsjahr 2014 – 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges – wurde die Auffassung vertreten und mit großem medialem Aufwand verbreitet, Deutschland sei damals ein Land wie jeder andere europäische Nationalstaat gewesen. Sie alle seien letztlich wider Willen in den Krieg hineingestolpert. Deutschland trage insoweit keine besondere Kriegsschuld. Dazu ist zu sagen: Gewiss, militaristische Erscheinungen gab es europaweit. Aber Deutschland war gleichwohl ein besonderer Ort mit spezifischen politischen und militärischen Traditionen. Hier spielte der Militarismus eine dominierende Rolle. Hier setzte sich zudem die Demokratie später durch als in anderen westlichen Nationen.

Wir erinnern uns: In der Revolution von 1848/49 hatte das Motto der preußischen Reaktion gelautet: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten!“ Gesagt, getan! Die deutschen Demokraten, besonders die badischen, wurden durch preußisches Militär zusammengeschossen. Wer überlebte, wurde verfolgt

und außer Landes getrieben. Das Land verlor auf diese Weise seine führenden liberalen Köpfe. Dieser Aderlass behinderte die demokratische Bewegung auf lange Zeit hinaus, wahrscheinlich auf ein ganzes Jahrhundert hin. Aus der Revolution von 1848/49 gingen die Gegner der Demokratie und ging das Prinzip der militärischen Macht als Sieger hervor.

1862 konnte der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck im preußischen Landtag den politischen Glaubenssatz der Kriegs- und Machtpolitiker verkünden, den sich hernach ganze Generationen von national denkenden Deutschen zu Eigen machten. Ich zitiere diesen Satz wörtlich: „[...] nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden - das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen -, sondern durch Eisen und Blut.“² Gemeint war: Durch militärische Gewalt, durch Kriege, in denen viele Menschen ihr Blut gelassen hatten und künftig wieder lassen würden.

Erneut folgten den eisernen Worten die blutigen Taten: 1864, 1866 und 1870/71 führte Preußen drei sogenannte Einigungskriege.³ Der militärische Sieg über Frankreich ermöglichte schließlich die Gründung des deutschen Kaiserreiches unter der Führung des preußischen Königs – in Versailles, auf französischem Territorium. Eine Demütigung mit langem Nachhall!

Warum gehe ich auf diese Kriege zurück, die doch mehrere Jahrzehnte vor der Gründung der DFG stattfanden? Wir müssen uns klar machen, dass die Einigungskriege - und damit zugleich das Militär - von den Zeitgenossen, auch den politisch links stehenden, als Geburtshelfer der seit langem erstrebten Nationsbildung betrachtet wurden. Die siegreiche Armee, besonders das Offizierskorps, konnte sich fortan einer hohen Akzeptanz und Wertschätzung erfreuen. Die Soldaten wurden heroisiert, gehätschelt und gepflegt, und die adeligen Berufsoffiziere fühlten sich jetzt einmal mehr als der erste Stand im Staate. Auf diesem machtpolitischen Fundament verbreitete sich die militaristische Vorstellung, dass in Zukunft die Armee die eigentliche und die beste „Schule der Nation“ sein müsse.⁴ Fazit: In der deutschen Kaiserzeit resultierte die Kriegsbejahung maßgeblich aus der Erinnerung an die siegreichen Einigungskriege, also auf einer realhistorischen Erfahrung der Menschen.

Die einzige politische Kraft, die sich in Deutschland im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts gegen den Militarismus positionierte, war die sozialdemokratisch orientierte Arbeiterschaft. Unter dem Eindruck der modernen Massenvernichtungswaffen steuerte die SPD seit den 1890er Jahren einen klaren Kurs der Friedensbewahrung, indem sie gegen den Krieg, für Abrüstung, für friedliche Streitbeilegung und für Schiedsgerichte eintrat. Gleichzeitig behielt sie ihr revolutionäres Vokabular bei. In der Arbeiterschaft gab es allerdings auch Kriegsveteranen, deren Gesinnung als „Militarismus der kleinen Leute“ bezeichnet worden ist. Der Historiker Thomas Rohkrämer schreibt dazu: „Das Mitglied der Kriegervereine, das Kaiser Wilhelm und Bebel oder Bismarck und dem Papst gleichermaßen Respekt und Verehrung entgegenbrachte, ist ein typisches Beispiel dieser Geisteshaltung.“⁵

Die Gründung der DFG 1892 fand also in einem gesellschaftlichen Umfeld statt, das von einem gesamtgesellschaftlichen Militarismus geprägt war. Als jüngere Entwicklung kam hinzu, dass Deutschland seit dem Regierungsantritt von Kaiser Wilhelm II. im Jahre 1890 die Nachbarländer mit Säbelraseln, Schlachtfloottenbau, forcierter Heeresrüstung und imperialistischen Ambitionen beunruhigte. Gleichzeitig setzte er innenpolitisch den von Bismarck vorgezeichneten Repressionskurs fort, indem er Reichsfeinde jedweder Art brandmarkte. Aber die Entwicklung war nicht einlinig; sie bot auch Alternativen: Es gab eine sich stetig steigernde internationale Vernetzung und eine grenzüberschreitende politische, wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit. Sie ließ - gerade auch bei den frühen Pazifisten - die Vorstellung aufkommen, der Frieden sei gefestigter denn je. So dachte beispielsweise der österreichische Pazifist Alfred Hermann Fried⁶, der zusammen mit Bertha von Suttner den Anstoß zur Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft in Berlin gab.

Was für Menschen waren das, die 1892 die Gründung der DFG betrieben? Es handelte sich um bürgerliche Honoratioren, die in der Tradition des Linksliberalismus standen und die sich aus humanistisch-ethischen Motiven heraus der Idee des Friedens verschrieben hatten: Volks- und Mittelschullehrer, kleine Angestellte und Beamte, Kleinkaufleute, Vertreter freier Berufe, relativ viele Frauen; in nennenswerter Größenordnung fehlten Arbeiter, Landwirte und finanzkräftige Geschäftsleute. Es handelte sich um eher konfliktscheue Menschen, die sich davor fürchteten, als gewaltbereite Terroristen missverstanden zu werden. Aber: Sie kritisierten den Militarismus, wobei sich der Historiker Ludwig Quidde besonders exponierte.⁷ Das Ziel der Kriegsverhütung wollten die Pazifisten nicht *gegen* die herrschenden Eliten erreichen, sondern *mit* ihnen. In der Tradition der Aufklärung stehend, bauten sie auf deren Vernunft. Der Staatenanarchie setzten sie ihre Idee eines internationalen Rechtsfriedens entgegen. Sie erstrebten den Ausbau des Völkerrechts, die Einrichtung einer Schiedsgerichtsbarkeit, den Abbau

von nationalen Feindbildern, die Eindämmung des Wettrüstens und die Entwicklung von Vertrauen zwischen den konkurrierenden Nationen.

Diese Forderungen basierten auf der weitgehenden Anerkennung der machtpolitischen Verhältnisse im Innern Deutschlands und konzentrierten sich auf das Gebiet der Außenpolitik beziehungsweise auf das Feld der internationalen Beziehungen. Alles andere als revolutionär war auch die Positionierung der bürgerlichen Friedensfreunde in der Militärpolitik. Hier vertraten sie einen Standpunkt, der als „patriotischer Pazifismus“ bezeichnet worden ist.⁸ Das bedeutet: Sie kritisierten den Militarismus, bejahten aber zugleich die Landesverteidigung. Das war eine Konzession an den Zeitgeist, die der organisierte Pazifismus seinerzeit in allen europäischen Ländern meinte machen zu müssen.

Das öffentliche Echo auf die DFG-Gründung war unerwartet scharf: Die Pazifisten wurden als Utopisten, Heulsusen, selbsternannte Heilsbringer oder gar als „Friedenshetzer“ diffamiert, als Träumer und unmännliche Naivlinge, die von der wirklichen Welt der Lebenskämpfe und Kriege keine Ahnung hätten. Die am Machtstaatsdenken orientierten Nationalisten begegneten den Friedensfreunden jedoch nicht nur mit Spott, sondern auch mit böswilligen Anfeindungen, weil man sie für politisch gefährlich hielt. Wie soll man das verstehen? Wieso haben die Anhänger des Militarismus die harmlosen Friedens-Honoratioren, die doch über keine nennenswerte gesellschaftliche Macht verfügten, so ernst genommen und nicht einfach ignoriert? Wieso wurden in Deutschland Pazifisten erst verachtet, dann bekämpft und einige von ihnen schließlich sogar ermordet? Wieso war der Antipazifismus in Deutschland stärker als in Frankreich, England, den USA, den skandinavischen Staaten, der Schweiz, den Niederlanden und Belgien, wo sich Pazifisten als Teil der politischen Kultur akzeptiert sahen und wo einige von ihnen sogar in den Regierungen und den Parlamenten vertreten waren? Hatten die deutschen Pazifisten womöglich einen spezifisch deutschen Nerv getroffen, der gelegentlich noch bis zum heutigen Tage schmerzt?

Den Schlüssel zur Klärung dieser Frage bietet die Weltanschauung, der die Eliten Preußen-Deutschlands vor 1914 anhängen. Sie hielten den Krieg für den „Vater aller Dinge“⁹, wie es der griechische Philosoph Heraklit einst formuliert hatte. Dazuhin hatten sie neuerdings den Sozialdarwinismus in ihre Vorstellungswelt aufgenommen: Diesem zufolge war das Leben ein ewiger Kampf, nicht nur für jeden Einzelnen, sondern auch für die Völker und Nationen. Dieser – wie es hieß – „naturgesetzliche“ beziehungsweise „naturnotwendige“ Lebenskampf, so glaubte man, werde auch in der Form von Kriegen ausgetragen. Wie in der Natur obsiege im Leben der Völker nur der Stärkere. Darauf müsse sich jede Politik einstellen. Insoweit sei der Krieg nicht das Gegenteil von Kultur, sondern geradezu eine „Kulturerrungenschaft“. Im Kriege kämen die edelsten Tugenden der Menschen zur Entfaltung. Treffgenau hat der bekannte Pädagoge und Mentor der deutschen Friedensbewegung Friedrich Wilhelm Foerster die Militär- und Kriegsideologie der Kaiserzeit als „Schwertglauben“ bezeichnet.¹⁰ Er assoziierte mit diesem Begriff – ich zitiere – den „preußischen Gewaltgeist“, den „militaristischen und nationalistischen Wahn“, die „militaristische Denkweise“ und die in Deutschland verbreitete „allgemeine Machtvergötterung“, die er für eine nationale Krankheit hielt, an der auch und gerade das deutsche Bildungsbürgertum litt.

Damit sind wir bis zur Quelle des Hasses vorgestoßen, der den frühen deutschen Pazifisten entgegenschlug. Während die Anhänger des Schwertglaubens den kriegerischen Konflikt zum „Naturgesetz“ erklärten, vertraten die Pazifisten die schlichte Überzeugung, dass der Frieden möglich und machbar sei. Jeder religiösen Überhöhung „des“ Krieges – er sei ein „Traum, und nicht einmal ein schöner“, und im Übrigen sei er ein „Glied in Gottes Weltordnung“¹¹ –, erteilten sie eine Absage. Mit anderen Worten: Die Anhänger des „Schwertglaubens“ sahen allein schon in der Idee des Friedens einen Generalangriff auf das eigene Weltbild, in dem der nationale Machtstaat, das Militär und eine „kriegerische Kultur“ tragende Rollen spielten. Die antipazifistische Propaganda der Zeit vor 1914 aktivierte immer wieder die seit der Reichsgründung erprobten innenpolitischen Feindbilder. Wenn man von den „Reichsfeinden“ sprach, meinte man auch die Juden. Denn es wurde behauptet, beim Pazifismus handle es sich um ein „undeutsches Importprodukt“.

Im Weltkrieg 1914-18 verschärften sich die staatlichen Angriffe gegen die Pazifisten. Sie wurden jetzt als Feinde im Innern betrachtet. Pazifistische Literatur konnte nicht mehr veröffentlicht werden. Prominente Pazifisten entzogen sich der Verfolgung durch Flucht ins Ausland, meist in die Schweiz. Wer den Kriegsdienst verweigerte, galt als „nicht normal“ und wurde ausgegrenzt. Im Jahr 1918 wollte die nationalistische Propaganda wissen, dass deutsche Demokraten, Juden und Pazifisten der kämpfenden Front den Dolch in den Rücken gestoßen und damit die deutsche Niederlage verschuldet hätten.¹² Sie wurden jetzt seitens der Nationalisten als „Novemberverbrecher“ diffamiert.

In den ersten Nachkriegsjahren grassierte in Deutschland die menschenverachtende Praxis rechtsradikaler Nationalisten, sich politischer Gegner durch Mord zu entledigen. Nach den Statistiken von Emil Julius Gumbel, einem pazifistisch eingestellten Mathematiker, wurden ungefähr 360 Menschen Opfer politischer Mordtaten. Die Täter kamen aus dem Umfeld der Freikorps. Bei den Opfern handelte es sich vorrangig um bekannte Kriegsgegner und nicht um „Bolschewisten“, wie die zeitgenössische Propaganda behauptete. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gehörten ebenso zu ihnen wie ein Offizier, der durch den Krieg zum Pazifismus konvertiert war. Ich spreche von Kapitänleutnant Hans Paasche, einem Angehörigen der kaiserlichen Kriegsmarine, dem Sohn eines Reichstags-Vizepräsidenten. Mit Paul v. Schoenaich und Berthold v. Deimling gehörten auch zwei Generale zu den Konvertiten. Sie galten den Vertretern des militärischen Machtstaates als Verräter, die man gesellschaftlich ausgrenzen oder gar eliminieren musste. Liebknecht, Luxemburg und Paasche wurden ermordet, wobei die Täter einigermassen darauf vertrauen konnten, dass die nationalistisch eingestellte Justiz schon Wege finden würde, sie straffrei ausgehen zu lassen.

Nach dem Weltkrieg 1914-1918 war die deutsche Gesellschaft gespalten. Millionen von Frauen und Männern hatten den Krieg nicht als heroisches Ereignis erlebt, sondern als Hunger, Not, Gefahr und Tod. Diese Menschen waren es, die im ersten Nachkriegsjahrfünft an großen Massendemonstrationen teilnahmen, die in vielen deutschen Städten unter dem Motto „Nie wieder Krieg!“ abgehalten wurden.¹³ Die Veranstalter dieser Kundgebungen deckten sich in politischer Hinsicht mit den Verteidigern der Republik: Sozialdemokratie, Zentrum, Linksliberale. Dazu kamen die pazifistischen Organisationen. Aber das Fundament dieser Republik war schwach, denn die Nationalisten verweigerten dem neuen Staat ihre Zustimmung. Trotz dieser Ablehnung blieben sie in ihren angestammten Positionen oder wurden nach einer kurzen Auszeit wieder eingestellt. Auf diese Weise übten die Anhänger des alten Macht- und Militärstaates einen starken Einfluss auf die Destabilisierung und schließlich die Zerstörung der ersten deutschen Demokratie aus.

Einen Faktor der Kontinuität bildete auch das sozialdarwinistisch geprägte Kriegsd Denken. Es blieb in den Köpfen der deutschen Nationalisten erhalten, selbst jenen, die sich jetzt als „Vernunftrepublikaner“ dem neuen Staat annäherten. Ich möchte diese Aussage exemplarisch verdeutlichen an dem Druck, den der seinerzeit ranghöchste aktive Offizier im Herbst 1919, dem ersten Jahr der Republik, auf den neu gewählten Reichspräsidenten Friedrich Ebert (SPD) auszuüben versuchte. In einem Brief an Ebert reagierte General Wilhelm Groener auf die massenhaften kriegsgegnerischen und pazifistischen Proteste in der deutschen Bevölkerung.¹⁴ Er erblickte in ihnen eine gefährliche Entwicklung, vor welcher er den Reichspräsidenten warnte. Seine Weltsicht legte er ihm folgendermaßen dar: „Wir dürfen niemals der Selbsttäuschung pazifistischer Ideologen unterliegen, als ob durch Unterdrückung jeglichen nationalen und kriegerischen Geistes in einer Nation der ewige Friede und die menschliche Glückseligkeit erreichbar wären. [...] Nur im *dauernden* Kampf um das Leben werden die geistigen und sittlichen Kräfte gestärkt und gestählt, die allein die Schwingen bilden für den Aufstieg eines Volkes. Welches Volk gegen dieses Naturgesetz verstößt, ist innerlich krank und zum Niedergang bestimmt. Falsche Propheten sind es, die dem Volke empfehlen, im Kampf um das Dasein auf die Stählung und Anwendung auch der physischen Kräfte zu verzichten.“ Deutschland müsse sich in den folgenden Friedensjahren – so heißt es in diesem Schlüsseldokument – stark machen „als großes Volk, das nicht niedergehen *will*, das den Willen zum Kampf ums Dasein festhält und diesen Kampf mit den Völkern der Erde wieder aufnimmt in dem Maße und mit den Mitteln, die ihm vernünftigerweise nach dem Zustand seiner Kraft zu Gebote stehen.“¹⁵

Ganz ohne Polemik lässt sich feststellen, dass diese Argumentation weitgehend identisch ist mit der Weltanschauung Hitlers. Dieser definierte Politik folgendermaßen: Sie sei „in Wahrheit die Durchführung des Lebenskampfes eines Volkes“, und in jedem Falle sei das Leben „der ewige Einsatz“. Die ständige Aufgabe der Politik sei daher nicht die „beschränkte Vorbereitung für den Krieg als vielmehr die unbeschränkte innere Durch- und Ausbildung eines Volkes“ für den Krieg.¹⁶ Hier wie dort finden wir also das Denkmuster des ewigen Lebenskampfes der Völker, der in kriegerischen Formen ausgetragen werde und dem man sich nur bei Strafe des Untergangs des eigenen Volkes entziehen könne. Die Kontinuität dieses Denkens reicht nicht nur bis 1945, sondern teilweise darüber hinaus.

Die deutschen Nationalisten weigerten sich nach 1918, die militärische Niederlage Deutschlands zu akzeptieren. Sie empörten sich über den „Schandfrieden“ von Versailles, bekämpften die „Kriegsschuldfrage“ und sie sann – ganz im Sinne des Groener-Zitats – nach Mitteln und Wegen zu einer kriegerischen Revision dieser Vorgänge. Sie kompensierten die machtpolitischen Verluste mit einem gesteigerten Gesinnungsmilitarismus. Gleichzeitig betrieben sie geheime Rüstungen und fertigten Kriegspläne. So entstand eine aberwitzige Situation: Während die Militaristen insgeheim für den Re-

vanchekrieg arbeiteten, kämpften die Pazifisten mit dem Mittel der Aufklärung gegen illegale Rüstungen. Eine politische Justiz, die dem Machtstaatsdenken verpflichtet war, bekämpfte jedoch nicht die illegalen Geheimplanungen, sondern die legalen Aufklärer. Sie wurden mit Hilfe des Landesverrats-Paragrafen kriminalisiert.

In der Endphase der Weimarer Republik wurde der organisierte Pazifismus durch massive Meinungsverschiedenheiten geschwächt. Im Kern ging es um die Frage, ob der Frieden durch die neue Version des deutschen Militarismus bedroht war oder durch äußere Ursachen. Jetzt, 1929, übernahm Paul Freiherr von Schoenaich den Vorsitz der DFG. Es ist gelästert worden: In Deutschland war der Militarismus so stark, dass selbst die Friedensgesellschaft nicht ohne einen General an der Spitze auskam. Aber der neue Vorsitzende konnte nicht verhindern, dass die DFG in die Isolation geriet und in die Bedeutungslosigkeit absank, während die NSDAP zum Sturm auf die Republik blies.

Wie die Nazis mit den Pazifisten umgehen würden, wenn sie in den Besitz der politischen Macht gelangen sollten, hatten sie, was wenig bekannt ist, bereits im Jahre 1930 verkündet. Damals legte die NSDAP-Reichstagsfraktion den Entwurf eines „Gesetzes zum Schutz der deutschen Nation“¹⁷ vor, in dem sie alle Militärkritiker als „Verräter“ markierte und gelobte, mit ihnen kurzen Prozess zu machen. Für jedweden („Volksverrat“ aktuell Unwort des Jahres 2016¹⁸) Verrat sahen sie generell die Todesstrafe vor.¹⁹ Unter „Wehrverrat“ verstanden die Nazis alle „wehrfeindlichen“ Bestrebungen, also Werbung für die „geistige, körperliche oder materielle Abrüstung des deutschen Volkes“, die Aufforderung zur Kriegsdienstverweigerung, die Billigung oder Verherrlichung von „Wehr- oder Pflichtdienstentziehung, Meuterei oder Fahnenflucht“, schließlich ganz allgemein die Absicht, „die Wehrkraft und den Wehrwillen des deutschen Volkes zu untergraben“. Das Eintreten für friedliche Ideen und Ziele galt generell als „Wehrverrat“ und todeswürdig. Für Hitler waren pazifistische Bestrebungen naturwidrige „Humanitätsduseleien“, weil sie Naturgesetze leugneten. Über Humanität sprach Hitler nur im Ton des Hasses und der Verachtung.

Hitler an der Macht: Das bedeutete, dass jegliches pazifistische Denken bekämpft, mundtot gemacht, ja ausgerottet wurde. Die Hälfte der Literatur, die Goebbels im Mai 1933 demonstrativ in der Öffentlichkeit verbrennen ließ, war pazifistisches Schrifttum. Einer der bekanntesten Pazifisten seiner Zeit, Carl v. Ossietzky, wurde schon 1933 in „Schutzhaft“ genommen. Die Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis für 1935²⁰ konnte nicht verhindern, dass er an den Folgen der KZ-Haft verstarb. Eine große Anzahl pazifistischer Schriftsteller und Publizisten sah sich gezwungen, ins Ausland zu flüchten. In den Kriegsjahren dienten das Militärstrafgesetzbuch und die immer radikaleren Fassungen der einschlägigen Kommentare dazu, pazifistisches Gedankengut als Kriegsverrat oder Wehrkraftzerstörung zu verfolgen und mit dem Tode zu bestrafen. Nicht anders ging es den Kriegsdienstverweigerern und Fahnenflüchtigen. Der kriegerische NS-Staat duldet keinen Gedanken und keine Handlung, die von der Linie „Kämpfen und Siegen!“ bzw. „Sieg oder Untergang!“ abwichen. Er war bestrebt, nicht nur den Pazifismus auszurotten, sondern auch die Erinnerung an ihn zu vernichten. Das ist ihm auch fast gelungen. Erst in den 1970er Jahren begannen Historiker wieder zu entdecken, dass es in Deutschland auch einen organisierten Pazifismus gegeben hatte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, irgendwann in den späten 1940er Jahren, traf Martin Niemöller einmal mit seinem ehemaligen Crew-Kameraden von 1910 in der kaiserlichen Kriegsmarine, Kapitänleutnant Heinz Kraschutzki, zusammen. Letzterer hatte schon in der Weimarer Zeit zu jener Minderheit der „pazifistischen Offiziere“ gehört, die sich unter der Republik für ein nicht-militaristisches, friedliebendes Deutschland engagierten.²¹ Um die politische Spannweite dieser Crew der kaiserlichen Kriegsmarine ermessen zu können, sei hinzugefügt, dass ihr auch Karl Dönitz angehörte, der spätere „Großadmiral“ und Nachfolger Hitlers. Einem weiteren Gast erläuterte Niemöller: „Das ist mein alter Marinekamerad Kraschutzki. Ihm hat schon der Erste Weltkrieg die Augen geöffnet. Bei mir war leider noch ein zweiter nötig.“²²

Damit sind wir bei Martin Niemöller. Er diente im Ersten Weltkrieg als U-Boot-Kommandant, kam also ebenfalls aus dem militärischen Milieu, studierte dann Theologie, wurde Pfarrer, blieb ein deutschnationaler, wurde nach 1933 einer der Köpfe der Bekennenden Kirche, legte sich mit dem Machtanspruch Hitlers an, wurde aus diesem Grunde von 1937 bis 1945 ins KZ gesperrt. Nach dem Kriege setzte er sich in den Rollen des Kirchenpräsidenten von Hessen-Nassau und des Außenbeauftragten der EKD vehement für ein vereinigt Deutschland ein, geriet darüber massiv mit Kanzler Konrad Adenauer aneinander und war, zusammen mit Gustav W. Heinemann, einer der führenden Gegner der westdeutschen Wiederbewaffnung bzw. Remilitarisierung. Er schätzte diese als Bedrohung des Friedens ein, aber auch als eine Bedrohung der protestantischen Mehrheit in Deutschland, hatte doch die evangeli-

sche Kirche im Norden und Osten Deutschlands, also der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR, ihre stärkste Mitgliedschaft.

Zum grundsätzlichen Pazifisten wurde Martin Niemöller allerdings erst im Jahre 1954, als er während eines Meinungs austauschs mit deutschen Atomphysikern, u.a. mit Otto Hahn und Carl Friedrich v. Weizsäcker, begriff, dass mittels der neuen Waffentechnik, also den Atom- und den Wasserstoffbomben, die Menschen auf dem ganzen Globus vernichtet werden könnten. Niemöller fragte die Wissenschaftler: Was wäre, wenn Hitler diese Waffen gehabt hätte? Heisenberg antwortete lapidar: Dann bräuchten wir uns heute darüber nicht mehr den Kopf zu zerbrechen.²³ Seit diesem Informationsgespräch war der Pazifismus für Niemöller ein zwingendes Gebot, und er blieb bei dieser Einstellung bis zu seinem Lebensende.²⁴ Krieg, so predigte er fortan, sei gegen alle Menschenwürde und absolut unmenschlich; er sei eine totale Absage an Gott und die Menschen. Deshalb könne es nur ein bedingungsloses Nein zum Kriege geben.

Nach der Genehmigung durch die britische Besatzungsbehörde wurde die DFG im Jahre 1946 wieder gegründet. Der „Friedensgeneral“ Paul Frhr. von Schoenaich, der bereits 1929–1933 ihr Präsident gewesen war, übernahm bis 1951 erneut den Vorsitz. Mit welchen Vorstellungen reagierte dieser größte pazifistische Verband auf die Erfahrung von zwei Weltkriegen? Er forderte nunmehr – übrigens in Übereinstimmung mit den Kriegszielen der alliierten Siegermächte – „die völlige Vernichtung des preußisch-deutschen Militarismus“. Ausdrücklich sollte gegen die tradierten Kriegsideologien vorgegangen werden. Ich zitiere aus einem DFG-Text von 1946: Wer „Kriege verherrlicht oder als naturnotwendig darstellt“, wird bestraft.²⁵ Weiter wurde gefordert die Erziehung des deutschen Volkes im Geiste der Völkerverständigung, die Aufnahme eines Kriegsächtungs-Artikels in die Länderverfassungen sowie das Recht auf Kriegsdienstverweigerung.

Nach 1945 profitierte die DFG zunächst von einer vagen allgemeinen Stimmung, die sich in der Forderung „Nie wieder Krieg!“ und der noch radikaleren Parole „Nie wieder Militär!“ Ausdruck verschaffte. Eine Zeitlang hatten diese Schlagworte noch ein Echo in der „Ohne mich“-Bewegung. Als Adenauer dann jedoch mit Hochdruck die Wiederbewaffnung betrieb, die er als Vorbedingung für die Westintegration hielt, entstand erneut eine innenpolitische Freund-Feind-Konstellation. Gegen jene Pazifistinnen und Pazifisten, die sich mehr als nur passiv gegen die Remilitarisierung engagierten, setzten Bundesregierung, militärfreundliche konservative Kreise und die – noch mit einer Vielzahl von Nazi-Juristen besetzte – deutsche Justiz eine infame Waffe ein. Sie reaktivierten das deutsch-nationale und nationalsozialistische Bolschewismus-Feindbild und unterstellten den Gegnern der Wiederbewaffnung pauschal, Kommunisten zu sein und dem großen Gegner im Kalten Krieg in die Hände zu spielen, gleichsam als „fünfte Kolonne“ der Sowjetunion. Die Anschuldigungen waren in Einzelfällen zutreffend, aber nicht in der Verallgemeinerung. Es begann eine langjährige justizielle Verfolgung der westdeutschen Friedensbewegung, in deren Verlauf die Propaganda des Kalten Krieges den Pazifismus immer mehr mit Kommunismus gleichsetzte und damit politisch desavouierte.²⁶

Die DFG wehrte sich mit diversen Abgrenzungsbeschlüssen. Aber ihr Verhältnis zur DKP und zur DDR blieb letztlich ungeklärt. Schweren Schaden fügten der DFG jene Friedensbewegten der 1980er Jahre zu, die von „guten“ Raketen im Osten und „bösen“ im Westen schwadronierten und damit friedenspolitische Neutralität vermissen ließen. Als 1989 bekannt wurde, dass DFG-Gliederungen Spendengeld der DKP angenommen hatten, musste der gesamte Bundesvorstand zurücktreten.²⁷ Ein beträchtlicher Mitgliederschwund folgte auf dem Fuße. Im öffentlichen Bewusstsein blieb der Verdacht hängen, die DFG sei womöglich eine Vorfeldorganisation der Kommunisten.

Zurück zur Wiederbewaffnung in der ersten Hälfte der 1950er Jahre. Sie wurde damals gegen die Proteste der Pazifisten und gegen eine militärkritische Bevölkerungsmehrheit durchgeboxt. Weder die Mahnungen deutscher Atomphysiker von 1958 – wie der „Appell der Göttinger Achtzehn“ gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr – noch die Kampagne „Kampf dem Atomtod“ oder die Ostermarsch-Bewegung der Atomwaffengegner der 1960er Jahre vermochten zu verhindern, dass Atomwaffen zum Fundament der Abschreckungsstrategie des westlichen Bündnisses und damit auch der Bundesrepublik Deutschland gemacht wurden. Wie die historische Forschung allmählich ermittelt, entstanden mehrfach Krisensituationen, in welchen der Kalte Krieg in einen heißen Atomkrieg umzuschlagen drohte. Es war ein reiner Glücksfall, dass es zum Äußersten dann doch nicht gekommen ist.

Politischer Wandel trat ein mit der Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition in den 1970er Jahren. Es entstanden stabilisierende Vertragswerke für ganz Europa. Das alte Feindbilddenken verblasste. Jetzt stieg auch die Anzahl der Kriegsdienstverweigerer und der Zivildienstleistenden.²⁹ Obwohl das Grundgesetz von 1949 die Kriegsdienstverweigerung als Grundrecht festgeschrieben hatte,

waren diejenigen jungen Männer, die es in Anspruch genommen hatten, noch lange Zeit als Feiglinge und Drückeberger, Ostagenten und Vaterlandsverräter verunglimpft worden. Seit den 1970er Jahren kippte die Stimmung dann immer mehr zugunsten der Zivildienstleistenden um. Ihre gewachsene gesellschaftliche Wertschätzung reflektierte einen großen gesellschaftlichen Meinungswandel.

Ohne Beispiel in der jüngeren deutschen Geschichte war die Massenbewegung gegen die Atomrüstung in den 1980er Jahren. Hervorgegangen aus der Anti-Nachrüstung-Kampagne, fand diese friedenspolitische Massenbewegung die Unterstützung einer Mehrheit der Bundesbürger. Zwar konnte sie nicht verhindern, dass eine Bundestagsmehrheit dem Vollzug des Nachrüstungsbeschlusses zustimmte. Die rückblickende Betrachtung verdeutlicht jedoch, dass dies gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland geschah. Die Friedensbewegung war das Sprachrohr der Zustimmungsverweigerung, was keineswegs folgenlos blieb. Denn als eine soziale Bewegung für den Frieden initiierte oder unterstützte sie zugleich Massenlernprozesse. Sie wurden von der 1968er-Studentenrevolte, den Protesten gegen den Vietnamkrieg sowie von der sozialliberalen Entspannungspolitik der 1970er Jahre vorangetrieben. Nun vollzog sich in Westdeutschland ein breit angelegter Prozess des Wertewandels, der bereits deutliche Kennzeichen einer Friedenskultur aufwies. Mit einer weiteren Abwertung militärischer Denkweisen verband sich die klare Parteinahme für eine kooperative Außen- und Entspannungspolitik.

Mit anderen Worten: Unter dem Dach des sogenannten „Gleichgewichts des Schreckens“ bildete sich in der deutschen Bevölkerung auf breiter Basis ein neues Denken aus, in welchem die militaristische Vorstellung vom Krieg als einem „Naturgesetz“ keinen Platz mehr hatte. Die Zeit der Kriegsmetaphysik war vorüber. In Deutschland hatte man gelernt: Frieden lohnt sich. Der friedenspolitische Lernprozess, der sich in der deutschen Gesellschaft nach 1945 schrittweise vollzogen hat und der Anfang der 1980er Jahre einen Durchbruch erlebte, lässt sich in erster Linie als ein Mentalitätswandel begreifen, das heißt, als eine Zivilisierung von Einstellungsmustern, Verhaltensweisen und Umgangsformen.

Ich versuche ein *Fazit* zu ziehen: In der Zeit des deutschen Kaiserreiches entstanden, in einem militaristischen Umfeld, sahen sich die Mitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft seit der Gründung ihrer Organisation Schmähungen, Herabsetzungen und Diffamierungen ausgesetzt. Dies geschah, obwohl sie gesellschaftlich marginalisiert waren, also innenpolitisch kaum eine Bedeutung hatten. Gleichwohl wurden sie ernst genommen, weil sie den Kerngedanken des Militarismus ablehnten: Dass nämlich Militär und Krieg „gottgewollt“ oder „naturnotwendig“ seien, und weil sie diesem fatalistischen Glauben eine alternative Idee entgegensetzten: die Idee nämlich, dass Frieden möglich ist. In der NS-Zeit erreichte die Pazifistenverfolgung ihren Höhepunkt.

Seit den 1990er Jahren kam es in Deutschland immer wieder zu friedenspolitischen Massenprotesten. Sie richteten sich gegen die Golfkriege, den Kosovo-Krieg, den Irakkrieg und gegen den Afghanistan-Krieg. Es zeigte sich, dass die Parole „Nie wieder Krieg!“ für große Teile der deutschen Bevölkerung eine akzeptierte Orientierung darstellte. In den diversen Friedensbewegungen, die in der Geschichte der Bundesrepublik aus aktuellen Konfliktlagen entstanden, konnte die DFG eine organisatorische Struktur, Aktionsformen und einprägsame politische Parolen anbieten, und sie konnte politische Ziele formulieren. Anlässlich dieser 125-Jahr-Feier erinnere ich an die von Ulli Thiel (Karlsruhe) formulierte Parole „Frieden schaffen ohne Waffen“ und an seine grandiose Idee einer Menschenkette von Stuttgart bis Ulm gegen die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen, an der sich dann im Jahre 1984 etwa 300.000 Menschen beteiligten.²⁸

Ebenso erinnere ich an die aktuelle „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, die der Freiburger Friedensaktivist Jürgen Grässlin organisierte und an der sich bis heute mehr als 100 Organisationen der Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit beteiligten.²⁹ Mit diesen und anderen Aktionen wurde die DFG zu einem innenpolitisch relevanten Faktor.

Drittens verweise ich auf die aktuellen Bemühungen der DFG mit der Aktion „Schulfrei für die Bundeswehr“, die das Ziel verfolgt, der Friedenserziehung den Platz in den Schulen zu verschaffen, der ihr gebührt und der auch von der Landesverfassung gewollt wird.

Viertens möchte auf die innovative Analyse des Syrien-Irak-Krieges aufmerksam machen, die DFG-Bundessprecher Thomas Carl Schwoerer vorgelegt hat. Als politischer Pazifist plädiert er dafür, auch mit dem Feind „Islamischer Staat“ zu verhandeln und so die Spirale der Gewalt zu durchbrechen.³⁰ Er macht Vorschläge, wie Verhandlungen das Schießen ersetzen und eine politische Lösung des Krieges vorbereitet werden könnte.

Die DFG hat in der Geschichte der Bundesrepublik immer wieder Initiativen vorangetrieben, zum Beispiel zur Abrüstung, zur Deeskalation, zur Kritik an internationalen Militäreinsätzen und Rüstungsexporten, zur Friedenserziehung im Gegenzug zu einer schleichenden Militarisierung der Gesellschaft

und zur Überwindung der verhängnisvollen traditionellen Kriegsmetaphysik. Sie machte den Menschen immer wieder klar: Frieden ist möglich, Krieg lohnt sich nicht, er ist inhuman, teuer, ethisch inakzeptabel und letztlich kontraproduktiv. Das begriffen zu haben ist nicht wenig – und es ist die Basis für jede erfolgreiche zukünftige Friedensarbeit.

Die Gründe dafür, dass die DFG auch 125 Jahre nach ihrer Gründung 1892 noch immer eine randständige gesellschaftliche Position innehat, sind nicht dieselben wie damals. Die heutige Lage des organisierten Pazifismus wird unter anderem von folgenden Faktoren bestimmt: Vom Wegfall des Ost-West-Gegensatzes, vom Ende des Kalten Krieges und vom weitgehenden Verschwinden der atomaren Gefahr aus dem öffentlichen Bewusstsein. Nicht zuletzt zu nennen: Vom Wegfall der Allgemeinen Wehrpflicht und damit zugleich der Entbehrlichkeit von Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer, deren Beratung zuvor das Hauptbetätigungsfeld der DFG/VK (Fusion im November 1974) gewesen war. Seit der Aussetzung der Wehrpflicht steht die Bundeswehr als Freiwilligenarmee zur Landesverteidigung nicht in erster Linie im Brennpunkt friedenspolitischer Kritik, wohl aber die Auslandseinsätze und die Waffenexportpolitik.

Zum Abschluss möchte ich auf die *aktuellen Gefahren* zu sprechen kommen, die von einem neuen, populistischen Rechtsradikalismus ausgehen, der in den USA und in einigen unserer europäischen Nachbarländer sowie auch in Deutschland selbst an Boden gewonnen hat und vermutlich noch weiter gewinnen wird. Er stellt auch eine Gefährdung des Friedens dar, zumal des Friedens im Innern. Hierzulande ist es die „Alternative für Deutschland“ (AfD), die aufgrund ihres Protestes gegen eine humane Flüchtlingspolitik rasch einen beachtlichen Zulauf hatte. Die AfD orientiert sich weniger am Nationalsozialismus, obwohl z.B. die Verwendung des NS-Begriffs „Umvolkung“³¹ das nahelegt, als vielmehr an der völkischen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, zu der die Nazis gleichwohl und in besonderem Maße zu zählen sind. Flüchtlinge und andere Nicht-Deutsche werden ausgegrenzt und mit Hass verfolgt. Gewalt gegen sie ist nicht tabu. AfD-Politiker vermögen sich vorzustellen, dass an deutschen Grenzen auf Flüchtlinge geschossen wird, auch auf Frauen und Kinder. Einige dieser Politiker schwärmen für Bismarcks Politik von „Eisen und Blut“, andere äußern sich zustimmend über Putins militärische Gewaltpolitik in Syrien und in der Ukraine. Die völkischen „Alternativen“ stehen in einer Tradition, die schon immer die Ideen und Werte von 1789 und die der deutschen Aufklärung bekämpft hat.³² Sie streben eine „Republik“ auf völkischer Grundlage an. Das ist ein Sprengstoff, mit dem die deutsche Innen- und Außenpolitik erst noch fertig werden muss. Kein einziges der politischen Probleme, die in der Zukunft zu bearbeiten sind, lassen sich indes mit völkischer Ausgrenzung oder mit Gewalt lösen.

Stattdessen halten wir an den Lehren fest, die wir aus der deutschen Geschichte seit 1914³³ gezogen haben:

- Frieden nach außen lohnt sich.
- Demokratie sichert ein friedliches Zusammenleben im Innern. Gewalt scheidet als Mittel der politischen Auseinandersetzung aus.
- Ausgrenzung von Minderheiten geht mit uns *nicht*, weil wir die Menschenwürde ernst nehmen, die Unantastbarkeit der Menschenwürde als unser zentrales Gebot sehen und folglich den Gleichheitsgrundsatz achten.
- Humanität hat die Leitlinie unseres Umgangs mit Flüchtlingen zu sein, in der großen Politik wie im Zusammenleben „vor Ort“. Bei allen Problemen im Einzelnen gilt nach wie vor: Vieles ist nicht eine Frage des Könnens, sondern des Wollens.
- In der gegenwärtigen Krise geht es – über alle Parteigrenzen und Parteiinteressen hinweg – um die Abwehr des Rechtsradikalismus, den Rückfall in Gewalt und Rassismus. Es geht darum, den Frieden als Ernstfall zu leben, im politischen, aber auch im persönlichen Bereich.

¹ Vgl. Guido Grünewald: *Nieder die Waffen! Hundert Jahre Deutsche Friedensgesellschaft (1892-1992)*. Bremen 1992, S.160; Friedrich-Karl Scheer: *Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892-1933). Organisation, Ideologie, politische Ziele. Ein Beitrag zur Geschichte des Pazifismus in Deutschland*. Frankfurt/M. 1981; Helmut Donat, Karl Holl (Hrsg.): *Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz*. Düsseldorf 1983 (= Hermes Handlexikon); Dieter Riesenberger: *Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1933*. Göttingen 1986, Abschnitt „Die Friedensbewegung im Deutschen Kaiserreich“, S. 37-97; Karl Holl: *Pazifismus in Deutschland*. Frankfurt/M. 1988.

- ² Fürst Bismarcks Reden (um 1905). Die Rede in der 94. Sitzung des preußischen Landtags am 30. September 1862, ebda., S. 17 - 20, Zitat S. 19.
- ³ Wolfram Wette: Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur. Frankfurt/M. 2008, Abschnitt II, bes. S. 44-48.
- ⁴ Siehe Reinhard Höhn: Die Armee als Erziehungsschule der Nation. Das Ende einer Idee. Bad Harzburg 1963; Manfred Messerschmidt: Militär und Schule in der wilhelminischen Zeit. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM), 23/1978, S. 51-76; Hans Doderer: Die vormilitärische Erziehung der deutschen Jugend in der Kaiserzeit. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (GWU) 49/1998, S. 746-753.
- ⁵ Thomas Rohkrämer: Der Militarismus der „kleinen Leute“. Die Kriegervereine im deutschen Kaiserreich 1871-1914. München 1990, S. 265.
- ⁶ Guido Grünewald (Hrsg.): Alfred Hermann Fried: „Organisiert die Welt!“ Der Friedensnobelpreisträger – sein Leben, Werk und bleibende Impulse (Schriftenreihe Geschichte & Frieden 36). Bremen 2016.
- ⁷ Ludwig Quidde: Der Militarismus im heutigen Deutschen Reich. Eine Anklageschrift (1893). Wiederabdruck in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Caligula. Schriften über Militarismus und Pazifismus. Frankfurt/M. 1977, S. 81-130. Zur Person siehe Karl Holl; Ludwig Quidde (1858-1941). Eine Biographie. Düsseldorf 2007.
- ⁸ Der Begriff stammt von der Schweizer Historikerin Veridiana Grossi: Le Pacifisme Européen 1905-1916. Zug 1988. Siehe auch Holl, Pazifismus (wie Anm. 1), Kap. „Pazifistischer Patriotismus“, S. 107-112.
- ⁹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Heraklit>
- ¹⁰ Foerster, Friedrich Wilhelm: Mein Kampf gegen das militaristische und nationalistische Deutschland. Gesichtspunkte zur deutschen Selbsterkenntnis und zum Aufbau eines neuen Deutschland. Stuttgart 1920. Siehe auch Bruno Hipler (Hrsg.): Fr. W. Foerster: Manifest für den Frieden. Paderborn 1988.
- ¹¹ Formulierung des Generalfeldmarschalls Moltke d. Ä. In: Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten des General-Feldmarschalls Grafen Helmut von Moltke. Bd. III, Berlin 1892/93, S. 154.
- ¹² Ulrich Heinemann: Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik. Göttingen 1983.
- ¹³ Siehe Karl Holl/Wolfram Wette (Hrsg.): Pazifismus in der Weimarer Republik. Paderborn 1981, bes. Beitrag Reinhold Lütgemeier-Davin.
- ¹⁴ Schreiben des Ersten Generalquartiermeisters, Generalleutnant Wilhelm Groener, vom 17. September 1919 an Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) über Pazifismus und die Erfordernisse des Zukunftskrieges. In: Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA) Freiburg i. Br., Nachlass von Schleicher, N 42/12, Bl. 207 f.
- ¹⁵ Ebda.
- ¹⁶ Hitler zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928. Eingeleitet und kommentiert von Gerald D. Weinberg. Stuttgart 1961 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 7), S. 47 f. und 69
- ¹⁷ Der Gesetzentwurf der NSDAP-Reichstagsfraktion trägt den Titel „Gesetz zum Schutz der deutschen Nation“. Er wurde eingebracht als Änderungsantrag zur zweiten Beratung des Entwurfs eines „Gesetzes zum Schutze der Republik und zur Befriedung des politischen Lebens“. In: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 440, Anlg. zu den Stenographischen Berichten Nr. 1626-1900, hier: Drucksache Nr. 1741, ausgegeben am 13. März 1930. Berlin 1930; zum Kontext siehe: Wolfram Wette/Detlef Vogel (Hrsg.): Das letzte Tabu. NS-Militärjustiz und Kriegsverrat. Mitarbeit von Ricarda Berthold und Helmut Kramer. Mit einem Vorwort von Manfred Messerschmidt. Berlin 2007, S. 50-52.
- ¹⁸ Siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Volksverrat>
- ¹⁹ Siehe ebda. (Gesetzentwurf, wie Anm. 17)
- ²⁰ Der Friedensnobelpreis wurde Ossietzky im November 1936 rückwirkend für 1935 zuerkannt.
- ²¹ Helmut Donat: Kapitänleutnant a. D. Heinz Kraschutzki (1891-1982) – Ein Offizier im Kampf für ein „anderes Deutschland“. In: Wolfram Wette (Hrsg., unter Mitwirkung von Helmut Donat): Pazifistische Offiziere in Deutschland 1871-1945. Bremen 1999 (= Geschichte und Frieden, Bd. 10), S. 339-362.
- ²² Darüber berichtete Heinz Kraschutzki dem Bremer Verleger Helmut Donat, der mir dies in einem Brief vom 15.12.1997 mitteilte. Zit. nach Wolfram Wette: Befreiung vom „Schwertglauben“. Pazifistische Offiziere in Deutschland 1871-1933. In: ders. (Hrsg.), Pazifistische Offiziere in Deutschland 1871-1933. Bremen 1999, S. 9-40, hier: S. 16.
- ²³ So Niemöller in dem TV-Film von Hannes Karnick/Wolfgang Richter: Niemöller. Was würde Jesus dazu sagen? Eine Reise durch ein protestantisches Leben. Ein Film-Bilder-Lesebuch [Buch zum gleichnamigen Film]. Frankfurt/M. 1986. Zu dem Gespräch siehe auch Matthias Schreiber: Martin Niemöller. Reinbek 1997, S. 125 u. 128.
- ²⁴ Jamens Bentley: Martin Niemöller. Eine Biographie. München 1985, S. 259 f.
- ²⁵ Entwurf eines Gesetzes zur Ächtung des Krieges vom 25./27.7.1947. In: Grünewald, Nieder die Waffen (wie Anm. 1), S. 165 f.
- ²⁶ Helmut Kramer: Die justizielle Verfolgung der westdeutschen Friedensbewegung. In: Detlef Bald/Wolfram Wette (Hrsg.): Friedensinitiativen in der Frühzeit des Kalten Krieges 1945-1955. Essen 2010 (= Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedensforschung Bd. 17), S. 49-62.
- ²⁷ Grünewald, Nieder die Waffen! S. 217.
- ²⁸ Siehe den Eintrag: Friedensgesellschaft ehrt Pazifist_innen aus Karlsruhe für lebenslanges Engagement. In: <https://www.dfg-vk.de/pazifismus/ehrenmitgliedschaft-fuer-ulli-und-sonnhild-thiel>
- ²⁹ <http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Unser-Anliegen.61.0.html>
- ³⁰ Thomas Carl Schwoerer: Mit dem IS verhandeln? Neue Lösungen für Syrien und den Terrorismus. München 1916. Siehe auch ders.: Verhandeln mit dem islamischen Staat? Eine pazifistische Lösung für den Terrorismus und den Syrien-Krieg. In: ZivilCourage 3/2016, S. 4-9.
- ³¹ Zum Inhalt dieses Begriffs siehe den Eintrag: <https://de.wikipedia.org/wiki/Umvolkung>
- ³² Vgl. dazu den Artikel von Wolfgang Gessenharter, Gegen 1789, gegen 1968. Die AfD ist dabei, zum parlamentarischen Arm der neuen Rechten zu werden. In: Süddeutsche Zeitung, 24. August 2016 – http://www.prof-gessenharter.de/PDF/Sueddeutsche_Zeitung_Gessenharter_AfD_2016_08.pdf
- ³³ Siehe dazu mein neues Buch: Ernstfall Frieden. Lehren aus der deutschen Geschichte seit 1914. Bremen 2017.